

BGE 35 II 366

Bundesgericht (BGE), 1909-01-16, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_35_II_366

FR: ATF 35 II 366

IT: DTF 35 II 366

Volltext

45. Arteil vom 21. Mai 1909 in Sachen Haller, Kl. u. Ber.=Kl., gegen Staat Inzern, Bekl. u. Ber.=Bekl. Mangel des Berufungserfordernisses der Anwendbarkeit eidgen. Zivilrechts: Art. 56 OG. Die Haftbarkeit eines Kantons für Schaden, den seine Beamten oder Angestellten in Ausübung ihrer (nicht gewerblichen) Funktionen stiften, lässt sich gemäss Art. 76 OR nicht aus dem eidgen. Zivilrecht, insbesondere nicht aus den Art. 50 ff. OR, ableiten. Das Bundesgericht hat auf Grund folgender Prozelage: A. — Durch Urteil vom 16. Januar 1909 hat das Obergericht des Kantons Luzern eine Entschädigungsforderung des Klägers Haller gegen den Staat Luzern von 6000 Fr., nebst 5% seit 22. Juni 1906, wegen ungesetzlicher und ungerechtfertigter Verhaftung zufolge Anordnung des Statthalteradjunkts des Amts Luzern=Land, gänzlich abgewiesen. B. Gegen dieses Urteil hat der Kläger rechtzeitig die Berufung an das Bundesgericht erklärt und seine Klageforderung im vollen Umfange aufrecht erhalten; in Erwägung: Der Kläger stützt seinen Entschädigungsanspruch einerseits auf die Art. 50 ff. OR, und andererseits auf das luzernische Gesetz über die Verantwortlichkeit der Behörden und Beamten vom 10. Oktober 1842, sowie auf die Bestimmung des § 5 Abs. 4 luz. StsV, in Verbindung mit § 313 des kantonalen StrV. Von diesen Rechtstiteln fällt für das Bundesgericht als Berufungsinstanz gemäss Art. 56 OG nur die Anrufung der ersterwähnten eidgenössischen Privatrechtsnormen über die unerlaubten Handlungen in Betracht. Hieraus aber kann, wie die Vorinstanz zutreffend ausgeführt hat, eine Verantwortlichkeit des Staates für Schaden, den seine Beamten oder Angestellten in Ausübung ihrer (nicht gewerblichen) Funktionen stiften, nicht hergeleitet werden. Denn bezüglich dieser, ihrer Natur nach dem öffentlichen Rechte angehörenden Verantwortlichkeit ist in Art. 76 OR ausdrücklich die anderweitige Gesetzgebung vorbehalten (vergl. Hafners Kom., 2. Aufl., Anm. 4 zu Art. 76 und Anm. 4 zu Art. 64 OR). Die vorliegende Streitsache beschlägt somit in keiner Hinsicht die Anwendung eidgenössischen Privatrechts und ist deshalb der Nachprüfung des Berufungsrichters entzogen; - erkannt: Auf die Berufung des Klägers wird nicht eingetreten.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.